

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einzelpreis bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Zahlungsschilling, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20,- M. Redaktionen, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-8.

Die achtspaltige Maximalzeile über deren Raum läuft 4,- M. einschließlich Erwerbszuschlag. Kleinere Zeilen: Das festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Erwerbszuschlag. Einzelne Zeilen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige in Wochen-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kampfansage an die internationale Reaktion

Rundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Paris, 30. März

Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt aus Anlaß des 1. Mai eine Proklamation an die Arbeiter der gesamten Welt. Darin wird u. a. gesagt, in diesem Jahre müßten die Arbeiterkundgebungen am 1. Mai großartiger denn je werden. Die Reaktion in allen Ländern wies immer kühner. Die Bourgeoisie widersteht sich mit einer sich steigenden Energie den gerechten Forderungen der Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen seien von Seiten der Regierungen Reibungen ausgelegt. Die Bemühungen der Vertreter des Großkapitals, die Regierungen unter Vormundschaft zu bringen, würden jeden Tag härter. Man müsse sich erinnern an die Greuelthaten, die gegen die Kameraden in Irland, in Finnland, in Spanien und in den Vereinigten Staaten begangen worden seien. Man müsse sich ferner erinnern an den Widerstand, den in allen Ländern die Verbesserung der sozialdemokratischen Gesetzgebung, namentlich aber die Begrenzung der Arbeitszeit erfuhr. Schließlich müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont werden, den die Leitungen des Völkerbundes zeigten, um die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas herbeizuführen dadurch, daß sie sich weigern, das Wechselkurs-Problem zu lösen, daß sie sich ferner weigern, die Verteilung der Rohmaterialien für die Industrie zu organisieren. Durch diese Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten wird sich die Arbeitslosigkeit überall verschärfen und infolgedessen der schlechte Ernährungszustand in den Arbeiterfamilien verewigen.

Ein monarchistischer Putschversuch in Ungarn

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Buda, 30. März

Der Kaiser Karl IV. Gemahlin unternimmt in Budapest einen Versuch, die Monarchie wiederherzustellen. Der Kaiserin wurde ein Kommando über die Gendarmerie übertragen. Die ungarische Armee steht unter dem Befehl von Admiral Horthy. Die Kaiserin wurde von Budapest nach Wien gebracht. Die Kaiserin wurde von Budapest nach Wien gebracht. Die Kaiserin wurde von Budapest nach Wien gebracht.

In Budapest wurde der Aufenthalt des Königs geheim gehalten, aber Horthy soll ihm untreulich entgegengetreten sein. Besonnenere Legationisten halten den Zeitpunkt des Erscheinens Karls in Ungarn als schlecht gewählt. Karl weigert sich, das Land zu verlassen. Es sind sehr ernste Bemerkungen möglich, denn es befinden sich große Terroristen-Gruppen in der Hand der Legationisten und Landesoffiziervereinigungen. Die antihabsburgische Bewegung ist republikanisch gerichtet. Nach vor dem Putsch trafen Informationen aus Budapest ein, wonach ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen der Habsburgerpartei und den Antihabsburgern bevorstehe. Die österreichische Regierung ergreift Maßnahmen, um das Uebergreifen der Bewegung nach Oesterreich zu hindern. (Steinamanger liegt eine Stunde von der österreichischen Grenze entfernt.) Zur Vorgeschichte des von Karl Habsburg unternommenen monarchistischen Vorstoßes kann folgendes hinzugefügt werden:

Bereits vor zwei Monaten ließ der König verlauten, daß er den März für den gegebenen Zeitpunkt seiner Wiederkehr halte. Auch Ministerpräsident Teleki war davon unterrichtet und traf in der Stille alle Vorbereitungen, um eine reibungslose Thronbesteigung zu ermöglichen. Bei den Verhandlungen, die kürzlich in dem österreichischen Grenzstädtchen Bruck zwischen Teleki und dem tschechischen Ministerpräsidenten Benesch stattfanden, machte der ungarische Ministerpräsident den Versuch, die tschechisch-slowakische Regierung von ihrem schroffen habsburgfeindlichen Standpunkt abzubringen. Er versprach, die ungarischen Voreinstimmungsbestrebungen in der Slowakei einzustellen, falls die Tschechen ihrerseits ihren Anspruch gegen die Rückkehr Karls zurücklassen würden. Benesch lehnte das natürlich ab.

Trotz dieser unglücklichen Situation hat der König nun das Abenteuer unternommen, das schließlich daran scheiterte, daß mit Ausnahme des Ministerpräsidenten und einer kleinen Clique von Aristokraten, Offizieren und Bogromantifemiten

alle Parteien und politischen Gruppen entschieden gegen die Thronbesteigung Karls Stellung genommen haben. Die Partei der kleinen Landwirte sagte allen diesbezüglichen Bestrebungen scharfen Kampf an, die Arbeiterschaft und das Bauerntum, sowie der demokratisch gesinnte Teil der Bourgeoisie gaben, als sich das Gerücht von der Rückkehr des Königs verbreitete, durch ihre Erregung in unverkennbarer Weise ihre Abneigung gegen die verhasste Habsburger Dynastie zu erkennen. Horthy, der jetzige Diktator Ungarns, der selber auf den Königsstern verfallen ist, hat dem Habsburger seine unerkennbare Abneigung zu verstehen gegeben. Obwohl Karl unter diesen Umständen den Rückzug antreten mußte, ist das von ihm unternommene Abenteuer keineswegs erledigt, denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Monarchisten sind keineswegs prinzipieller, sondern mehr persönlicher und taktischer Natur. Das internationale Proletariat hat alle Ursache, die weitere Entwicklung der Dinge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen, da die habsburgischen Umtriebe eine Gefahr nicht nur für Ungarn, sondern insbesondere für Deutsch-Oesterreich darstellen.

Keine „Aktion“ in Berlin

Arbeitsaufnahme in allen Betrieben

Wie vorausgesehen war, hat die Groß-Berliner Arbeiterschaft der Generalstreikpartale der Kommunisten nicht Folge gegeben. Haben wir gestern berichtet, daß in einzelnen Betrieben die Arbeit zum Teil aufgenommen worden ist, so können wir heute mitteilen, daß in allen Betrieben zum größten Teil geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

In der Lokomotivfabrik der U. S. G. Werke Hennigsdorf wurde eine Abstimmung darüber vorgenommen, ob die Belegschaft sich an dem Streik beteiligen soll. Etwa drei Fünftel sprachen sich gegen den Streik aus. Nachdem der Betriebsrat mit der Direktion verhandelt hatte, erklärte sich die Direktion bereit, die gesamte Belegschaft wieder einzustellen. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden. Die U. S. G. D. und S. K. D. Betriebsräte haben sich verpflichtet, für Ruhe und Sicherheit im Betriebe Sorge zu tragen. Der Teil der Belegschaft, der heute nicht in Hennigsdorf einwandelte, wird demnach morgen früh die Arbeit ebenfalls wieder aufnehmen.

In allen anderen U. S. G. Betrieben in Hennigsdorf wurde ebenfalls keine Aktion unternommen. Das gleiche gilt auch für die U. S. G. Betriebe in Berlin.

Bei der Firma Bergmann in Köpenick nahmen heute morgen etwa zwei Drittel der Belegschaft die Arbeit wieder auf. In dem Betrieb Seebrake der Firma Bergmann wird ebenfalls wieder voll gearbeitet.

Aus den Daimlerwerken in Mariensfelde wird uns mitgeteilt, daß die Meldungen bürgerlicher Blätter über Ruhestörungen und Kasentraub nicht der Wahrheit entsprechen. Bisher ist in diesem Werk alles ruhig. Heute nachmittags wird die Belegschaft zum Generalstreik Stellung nehmen.

Zu unserer Notiz über die Werkzeugmaschinenfabrik Werner, Mariensfelde, ist noch nachzutragen, daß die Arbeitslosen nicht den Speisesaal verlassen wollten, sondern lediglich verließen, die arbeitenden Kollegen an der Arbeit zu hindern. Heute haben selbst die kommunistischen Vertrauensleute die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein Putschversuch in Hannover

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“

Hannover, 30. März

In Göttingen (Hannover) erschien gestern nachmittags 2 Uhr ein Kommuniqué, der die Bevölkerung aufforderte, sofort in den Generalstreik zu treten, zu den Waffen zu greifen und die Regierung zu kürzen. Die Arbeiter der Werke Leunonia und Wendland haben daraufhin den Generalstreik beschlossen. Wie die Sache sich weiter entwickelt, ist noch nicht zu ersehen. Unsere Genossen haben sich mit allen Kräften der Putschaufrufung widersetzt. Ob es möglich sein wird, die Arbeit fortzusetzen, ist noch fraglich, da die Kommunisten, die dort das Feld beherrschen, mit den härtesten terroristischen Druckmitteln arbeiten. Die Kommunisten beabsichtigen auch, die bei Salzweil seit dem Rückschlag der russischen Offensive gegen Polen internierten Bolschewiken zu befreien, da diese auf ihrer Seite stehen.

Kein Generalstreik in Braunschweig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Braunschweig, 30. März

Die hiesigen Kommunisten, die aber gegenüber den Sozialisten in verschwindender Minderheit sind, haben gestern Abend in einer Versammlung beschlossen, auch in Braunschweig den Generalstreik herbeizuführen. Nach Zeitungsberichten soll das nützlichfalls durch Gewaltanwendung geschehen. Die beiden sozialistischen Parteien und das Gewerkschaftsamt stehen dieser Bestrebung natürlich ablehnend gegenüber.

(Siehe auch 3. Seite.)

Die Lage in Sachsen

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit wird in der bürgerlichen — und neuerdings auch in der rechtssozialistischen — Presse über Krisenstimmung, Unsicherheit der jetzigen sozialistischen Regierung und ähnliches orakelt. In der „Dresdner Volkszeitung“ heulte meiste ein politisch sehr naiver rechtssozialistischer Abgeordneter mit offenbar recht schwachen Nerven über die „Unhaltbarkeit“ der gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnisse in Sachsen. In der „Chemnitzer Volksstimme“ wurde dem guten, politisch völlig bedeutungslosen Manne deshalb bereits das Nötige gesagt. Wir brauchen uns daher in das völlig sinnlose Gerede rechtssozialistischer Aestheten-Politiker nicht einzumischen.

Das „Leipziger Tageblatt“, das von dem vorherigen Finanzminister und jetzigen „demokratischen“ Landtagsabg. Dr. Reinhold ausgehalten wird, legt sich bereits aufs Schwindeln, um die Sprengminen besser anzubringen. Es behauptete dieser Tage, das Gesamtministerium habe einige Gesekentwürfe des Kultusministers Fleißner (den die bürgerlichen Herrschaften besonders in ihr Herz geschlossen haben) abgelehnt. Die Leipziger Tante kombinierte sogar das Stimmenverhältnis: Gleichheit der Unabhängigen gegen die Rechtssozialisten. Also natürlich schwere Krisenatmosphäre. Genosse Fleißner hat in der „Leipziger Volkszeitung“ erklärt, daß diese Mär glatt erfunden ist. Das sei auch der „Bolschewischen Zeitung“ gesagt, die vor einigen Tagen denselben Koffel nach einem ihr aus Dresden übermittelten Artikel aufwärmete, der ihr wahrscheinlich aus derselben Quelle zuge tragen wurde, die auch das „D. T.“ damit fütterte. In der „Bolschewischen Zeitung“ werden weiter einzelne Vorfälle im sächsischen Landtag in bezug auf guten Ton als Ereignisse gebucht. — Dinge, die in anderen Parlamenten, auch im Reichstags, allgewöhnlich, aber als Mittel zum Zweck stark aufgedunsen sind. Der schwarze Mann der „Bolschewischen Zeitung“ aus Dresden hat auch ausbadowert, es seien „Anzeichen dafür vorhanden, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der U. S. P. vorhanden sind und daß sie sich „verschärfen“. Um Erbe reißt er aber die Rahe ganz aus dem Sack: „es müssen demnächst (!) Ne u w a h l e n ausgeföhren werden“.

Es hat keinen Zweck, auf solche Bierbankpolitik einzugehen, die nur zu deutlich den Wunsch als Vater des Gedankens verrät. Das ganze Gerede ist nichts weiter als müßige und im wesentlichen falsche Kombination. Es ist eine bemerkenswerte, aber für das Proletariat keineswegs unangehörige Erscheinung, daß alle bürgerlichen Parteien des Reichstags und mehr durch die Maßnahmen der sozialistischen Regierung bekräftigt sind. Daher auch die weitere, im Interesse der Klarheit ebenfalls zu begründende Erscheinung, daß im Landtage in allen wichtigeren Fragen alle bürgerlichen Fraktionen, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, eine einzige „real-tionäre Masse“ sind. Sie hält zusammen wie die Ketten, diese Gesellschaft. Das zeigte sich bisher bei allen bedeutungsvolleren Abstimmungen. Und da kommen wir auf die Achillesferse der jetzigen Regierung und sozialistischen Parlamentarier, die den Ausgangspunkt der oben erwähnten Erörterungen in der Presse bildet.

Die aus Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten bestehende Mehrheit des Landtags ist sehr gering. Sie zählt 49 Abgeordnete, die Bürgerlichen zusammen 47. Die Kommunisten geben mit ihren 9 Mandaten den Ausschlag. Sie haben bisher in allen wichtigeren und kritischen Fragen die sozialistische Mehrheit gehalten. Es bleibt ihnen, wenn die Vernunft waltet und das proletarische Interesse ausschlaggebend sein soll, ja auch gar nichts weiter übrig, wenn sie der bürgerlichen Reaktion nicht ganz unmittelbar die Geschäfte besorgen wollen. Trotz alledem ist es mehrfach vorgekommen, daß Regierungsvorschläge oder Anträge der sozialistischen Mehrheit mit einer oder einigen Stimmen bürgerlicher Mehrheit abgelehnt wurden. Es handelt sich aber in allen diesen Fällen nicht um Fragen, derenwegen die Konsequenzen gezogen werden müssen.

Natürlich sind derartige Vorgänge fatal und unerwünscht, wenn sie sich häufen sollten. Darüber aber in große Aufregung zu geraten und sich in allerlei Prophezeiungen für die allernächste Zeit zu ergeben, liegt kein Grund vor. Es war von vornherein klar und es wurde von sozialistischer Seite auch damit gerechnet, daß bei dieser kleinen Mehrheit und bei der Rolle, die den Kommunisten in dieser Konstellation zufällt, Zwischenfälle der fraglichen Art unvermeidbar sind. Mehrere gleichzeitige Krankheitsfälle in der rechtssozialistischen Fraktion und einige andere Zufälle führten solche nun mehrmals herbei. Die Fraktion der U. S. P. ist stets vollständig auf dem Posten gewesen. Kompliziert wird die Lage noch dadurch, daß zwei rechtssozialistische Minister zugleich Landtagsabgeordnete sind, wovon der eine schon seit Monaten krank in einem sächsischen Sanatorium ist. Er wird nun bald wieder zurückkehren. In Stelle des inzwischen verstorbenen Abg. Grenz ist der Nachfolger zu berufen. Dann ist die volle Präsenz wiederhergestellt. Wenn nicht besondere Umstände eintreten, werden also die bürgerlichen Herrschaften ihre sehr begrifflichen Wünsche nach einer Feldzug zurückstellen müssen.

Groß-Berlin

Merkwürdige Meldungen

Die hürgerliche Presse verbreitet heute morgen wieder folgende Meldung:

Ein Eisenbahnzug beschossen. Am Dienstag nachmittags, kurz vor 3 Uhr, ist unweit der Stelle, wo während des Kampfes der Lokomotivführer Reichmuth erschossen wurde, wieder ein Zug von Verdächtigen beschossen worden, ohne daß glücklicherweise Reisende verletzt worden sind.

Die Meldungen, wo Unjug verübt wurde, der keinen eigentlichen Schaden angerichtet hat, aber auch von Tätern immer keine Spur entdeckt werden konnte, mehren sich recht auffällig.

Alle diese merkwürdigen Meldungen legen den Gedanken sehr nahe, als seien diese Attentate zum größten Teil planmäßig veranstaltet, um den Vorwand zu einer recht umfangreichen Polizeireaktion zu erhalten, um die Hebeln der Polizei ins höchste Licht zu rücken.

Zum Schluß noch eine Feststellung: Unter den Patrouillen der Schutzpolizei, besonders z. B. den Streifen, die durch die südlichen Teile bei Königswusterhausen gezogen sind, sieht man auch sehr viele junge Leute, die durchaus nicht allzu vertrauenswürdig aussehend sind.

Was die Eisenbahn zum 1. April bringt

Im Eisenbahnverkehr werden zum 1. April eine Reihe von Neuerungen eingeführt, über die wir nachstehend eine Uebersicht geben. Im Personenverkehr soll durch die verschärfte angeordnete Wiedereinführung der Platzkarten (in den vom Potsdamer und Anhalter Bahnhof ausgehenden Schnellzügen) den Reisenden wieder die Möglichkeit geboten werden, sich schon beim Kauf der Fahrkarten einen Sitzplatz zu sichern.

Eine Unterföderung der Viktoria-Versicherung durch die über 800 Versicherungsbeamte im Anschluß an 108 km. 26 M., insgesamt um 80.000 (achtzigtausend) Mark geschädigt worden sind, beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei.

von dieser Versicherung Gebrauch und bestellen ein oder zwei Pakete. Das Geld dafür mußten sie im voraus entrichten. Die einzuliefernden Beträge, zusammen 80.000 Mark, wurden von dem Betriebsratsmitglied Alfred Conrad aus der Kodenbergstraße 3 verwaltet.

Ein Familientragödie, bei der zwei Kinder von zwei und drei Jahren den Tod fanden, hat sich Dienstag nachmittags in Lichterberg abgespielt. Dort wurde die in der Liebigstraße 6 wohnhafte Frau Auguste Kunze, geborene Marxlein, von ihrem von der Arbeit heimkehrenden Ehemann mit ihren beiden Kindern, den zwei und drei Jahre alten Söhnchen Otto und Kurt bewußtlos aufgefunden.

Verloren. Am Ostermontag, bei der Jugendweihe im Straßen Schauspielhaus, hat ein Mitglied der Sängervereinigung am Treppenaufgang zum dritten Stock seine Börse mit 60 Mark Inhalt verloren.

Gefunden. Ein Schirm und ein Taschentuch sind gefunden worden und sind ebenfalls abzuholen.

Unsere „Freiheit“-Abonnenten der hiesigen Zeitungspedition Vode, Markstraße 23. Wir machen unsere Abonnenten darauf aufmerksam, daß mit dem 31. März unsere bisherigen Abonnenten vom 1. April ab von den beiden Ausgabestellen Kolbe, Weberstraße 26, und Wengels, Caviner Straße 11, bedient werden.

Besseres und billigeres Mehl. Nachdem die Wochenmenge des für Haushaltszwecke abgegebenen amerikanischen Weizenmehls (Rohmehls) im Februar auf 200 Gramm erhöht worden ist, wird nunmehr mit Wirkung vom 16. März 1921 ab die Ausmahlung dieses Mehls auf 70 n. F. herabgesetzt.

Die Wähler zum Reichstag für die Wahlkreise des Reiches werden am morgigen Donnerstag im Reichstagsgebäude, Berlin, im großen Saal des Reichstages, um 10 Uhr v. m. zum Wahllokal zu führen.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Zeitweise heiter und am Tage mild, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden. Keine erhebliche Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Sipo und Wirtschaftskämpfe

Seit Mitte Februar streiken die Brunnenbauer. Bei einigen der beteiligten Firmen arbeiten Streikbrecher. Streikposten, die am Dienstag früh bei der Firma Lohde, Belles-Blanc-Strasse, ihr gewerkschaftliches Recht wahrnahmen und unwillig von ihrem schädlichen Treiben abhalten wollten, wurden auf Veranlassung des Firmeninhabers durch die herbeigerufenen Polizei verhaftet.

Niederlage der Kommunisten

Bei der am letzten Sonntag vorgenommenen Wahl der Parteidelegierten des Metallarbeiter-Verbandes in Düsseldorf siegte die Liste der Sozialisten über die Liste der Kommunisten; letztere, die Liste 2, erhielt 1597 Stimmen, die Liste 1 (Sozialisten) 4115 Stimmen.

Lackierer gegen Moskau

In einem von der Sektion der Lackierer des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Filiale Berlin, abgehaltenen Versammlung gab der Sektionsleiter Trendel einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung und die im vergangenen Jahr zu Stande gekommenen Tarifabschlüsse und Lohnbewegungen.

U.S.P. Maler, Lackierer usw.

Donnerstag, den 24. 3., abends 7 Uhr, Sitzung der Vertrauensmänner und Betriebsräte der U.S.P. im Lokal Gränitz 21. Tagesordnung: Bericht der Kommission, Partei- und Verbandsbuch legitimieren.

Malwerk - Papierröhren - Kabelindustrie. Funktionäre des Metallarbeiter- und Fabrikarbeiterverbandes, Donnerstag, abends 7 Uhr, findet in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16, Zusammenkunft aller auf dem Boden der U.S.P. stehenden Kollegen und Kolleginnen statt.

Aus den Organisationen

Wochenblatt. Letzten Sonntag zur Kenntnis, daß am 1. April ab unsere hiesige Ausgabe des „Freiheit“ der hiesigen Zeitungspedition Vode, Markstraße 23, herausgegeben wird.

Donnerstag, 24. März. 8. 11. Uhr. Abends 7 Uhr gegen Verschönerung der Stadt.

Donnerstag, 24. März. 8. 11. Uhr. Abends 7 Uhr gegen Verschönerung der Stadt. In dieser Mittagsversammlung, welche Sonntag 7 Uhr Sitzung im Schützenhaus, 18. 11. Uhr. Abends 7 Uhr gegen Verschönerung der Stadt.

Verantwortlich für die Redaktion: G. W. R. D. Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: G. W. R. D. Berlin. Verantwortlich für den Druck: G. W. R. D. Berlin.

Achtung! Händler!

Seifen, Doppeltiegel, Seifenspäner, Toilettenseife, Zahnpasta, Parfüm, Köln, Fein- und Stücken-Soaps, Stearinderivate, Urtin, Nigelin, billigste Bezugsquelle.

Meister Seifenhändler!

Kennt- und Toilettenseifen, Waschen, Wagners, Feinseifen, Parfüm, Zahnpasta, Toilettenseife, Seifenpulver (mit Zusätzen), Seifenpulver (ohne Zusätze), Seifenpulver (mit Zusätzen), Seifenpulver (ohne Zusätze).

Leicht beschädigte

Klassiker, Romane, Jugendschriften, Sozialistische Literatur

25% Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9

Zur bevorstehenden Einschätzung zur Reichseinkommensteuer

muss jeder Arbeiter, Angestellter, Beamte und Gewerbetreibende haben

Das Reichseinkommensteuergesetz

Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager

Preis 4.- Mark

Die knappe, übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen wertvolle Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9. Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Kleine Anzeigen. Aufnahme in allen Spezialrubriken des Verlags. Das Heberdruckwerk L. - W. H., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.

Verkäufe, Ansteden, Kaufsuche, Verloren, Werkzeuge und Maschinen, Möbel, Tiermarkt. Centralverkauft, Möbel, Ansteden, Kaufsuche, Verloren, Werkzeuge und Maschinen, Möbel, Tiermarkt.